

Zürich, 10. Dezember 2002

KR-Nr. 358/2002

POSTULAT von Lorenz Habicher (SVP, Zürich), Christian Mettler (SVP, Zürich) und Peter Mächler (SVP, Zürich)

betreffend Flächendeckende Umsetzung von Schulreformprojekten des abgelehnten Volksschulgesetzes im Bezirk Zürich

Der Regierungsrat wird eingeladen, die anstehende flächendeckende Umsetzung von Schulreformprojekten des am 24. November 2002 vom Stimmvolk abgelehnten Volksschulgesetzes im Bezirk Zürich zu unterbinden, damit eine für den ganzen Kanton koordinierte Vorgehensweise ermöglicht wird.

Lorenz Habicher
Christian Mettler
Peter Mächler

Begründung:

Die Stadt Zürich hat in den Tagen nach der Volksabstimmung vom 24. November 2002 mehrfach verkündet, die umstrittenen Schulreformen trotz des kantonalen Neins zum Volksschulgesetz flächendeckend umzusetzen. Dies wird gegenüber der Öffentlichkeit mit dem Ja-Stimmen-Anteil von 58% im Bezirk Zürich begründet. Es ist schwer nachvollziehbar, weshalb in der Stadt Zürich Schulreformen umgesetzt werden sollten, die auf einem abgelehnten kantonalen Gesetz basieren, während andere Gemeinden im Kanton auf eine neue gesetzliche Grundlage warten müssen. Die Bildungsdirektion sollte deshalb eine einheitliche Regelung und eine koordinierte Vorgehensweise für den ganzen Kanton anstreben. Versuche im Sinn des neuen Bildungsgesetzes sollen begrenzt und umkehrbar ausgestaltet werden. Die Refinanzierung flächendeckender städtischer Schulversuche über den kantonalen Finanzausgleich kann nicht stillschweigend zur Kenntnis genommen werden.

Wir bitten deshalb die Regierung, die eigenmächtige, flächendeckende Umsetzung im Bezirk Zürich, auch nur von Teilen des abgelehnten kantonalen Gesetzes, zu unterbinden.

Ein neues Volksschulgesetz, dessen genauen Inhalt wir zur Zeit noch nicht kennen, darf nicht durch ein „städtisches Sonderzüglein“ präjudiziert werden.